

Wichtige Schulfragen wurden nicht angegangen

Trotz steigender Schülerzahlen an den Regelschulen 1.300 Lehrerstellen abgebaut

Zum Schuljahresende sowie Schluss der regierenden Koalition in Thüringen konstatierte die Linksfraktion, dass durch CDU und SPD trotz anders lautender Verkündungen wichtige Probleme im Schulbereich nicht angegangen wurden. Bei einem Pressegespräch verwies Susanne Hennig-Wellsow, Sprecherin für Bildungspolitik und LINKE-Landesvorsitzende, auf den großen Bedarf an Lehrerneueinstellungen sowie den weiter angewachsenen Unterrichtsausfall an den Thüringer Schulen.

So sollten laut Koalitionsvertrag der regierenden Thüringer CDU/SPD-Koalition 2.500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden, die reale Zahl liege bei 1.200, betonte die Abgeordnete. Der Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen werde mit vier Prozent offiziell angegeben, befinde sich aber mit Blick auf die mangelnde fachgerechte Unterrichtsvertretung bei mindestens acht Prozent.

Dass die Gemeinschaftsschulen im Thüringer Schulgesetz verankert wurden, bezeichnete die LINKE Politikerin als richtig und zukunftsweisend, allerdings gebe es bisher laut offizieller Statistik unter den 812 staatlichen Schulen lediglich 22 Gemeinschaftsschulen, dazu elf unter den freien Trägern, „das muss deutlich ausgebaut werden“, sagte Susanne Hennig-Wellsow und betonte das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens. Ein Festhalten an der frühen Trennung der Kinder bereits nach Klasse Vier sei rückwärtsgerichtet und entspreche auch nicht dem Elternwillen, denn laut Umfragen seien mehr als Dreiviertel dagegen. Mit Verweis auf den Thüringer Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) und sein Agieren, bezeichnete ihn der Gewerkschafter Torsten Wolf, Direktkandidat der LINKEN zu den Landtagswahlen im Jenaer Wahlkreis 37 (wo übr-

gens auch Matschie kandidiert) „mehr als einen Finanz-, denn einen Bildungsminister“.

Allein im Regelschulbereich wurden seit dem Schuljahr 2008/09 fast 1.300 Lehrerstellen abgebaut, während gleichzeitig die Schülerzahl um mehr als sieben Prozent angestiegen ist. Unter der regierenden Koalition sei der Aufbau einer inklusiven Schule als Sparmodell betrieben worden, an den Förderschulen wurden über 17 Prozent der Lehrkräfte abgebaut. Hier könne der Bedarf nicht einmal ansatzweise gedeckt werden, so Torsten Wolf weiter. CD und SPD seien sei zudem die Antwort schuldig geblieben, „wie der Bedarf an 250 Förderschullehrern in der nächsten zwei Jahre gedeckt werden kann, wenn derzeit nur 87 Förderschulpädagogen ausgebildet werden. Ebenso findet eine inklusive Lehrerbildung nicht statt“. Wolf forderte: „Schluss mit dem Personalabbau und Aufbau einer Personalreserve von 700 Stellen.“

Die Thüringer Schulen brauchen dringend personelle Verstärkung, sonst können sie ihrem Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden. Und: Thüringer Schulpolitik aus einem Guss kann die SPD künftig nur mit der LINKEN.“

Hinzu komme, so der schulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Dirk Möller, ein unter der regierenden Koalition weiter angewachsener Sanierungsstau an den Thüringer Schulen mit einem Finanzierungsbedarf von etwa 400 Millionen Euro. Der Abgeordnete verweist auf den kürzlich von seiner Fraktion im Landtag gestellten Antrag, jährlich 50 Millionen Euro für Schulsanierungen in den Landeshaushalt einzustellen, ab dem Jahr 2016 müsste der Kommunale Finanzausgleich so gestaltet werden, dass die Kommunen in der Lage seien, die notwendigen Investitionen an den Schulgebäuden vorzunehmen.

Annette Rudolph



Während des Pressegesprächs in der Landtagsfraktion DIE LINKE anlässlich des Schuljahresendes und zur Bilanz der Schulpolitik der CDU/SPD-Koalition in Thüringen (v.r.): Torsten Wolf, Susanne Hennig-Wellsow, Dirk Möller.

VON A BIS Z:

Branchentarifvertrag

Anlässlich der gescheiterten Verhandlungen zu einem Branchentarifvertrag im Gastgewerbe erklärte MdL Ina Leukefeld, sie könne es sehr gut nachvollziehen, dass die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten nicht bereit war, einen Branchentarifvertrag zu unterzeichnen, der bestehende höhere Tarifverträge in der Branche unterlaufen hätte. „Auch die Arbeitgeberseite muss endlich verstehen, dass ein Tarifvertrag nur noch dann Sinn macht, wenn er über dem Mindestlohn liegt, anstatt diesen auszuhebeln.“ Es sei unverständlich, dass die Thüringer DEHOGA über Fachkräftemangel klagt, aber weiter an der Niedriglohnschraube dreht: „Thüringen kann sich niedrige Löhne schon lange nicht mehr leisten. Sie entwerten die geleistete Arbeit der Menschen und sind in einer Zeit knapper Fachkräfte schlicht ein Standortnachteil. Gerade im Gastgewerbe und Tourismus reden wir von einer Minijobquote von 44 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse.“

Die Abgeordnete hat jedoch auch bei Gesprächen in ihrem Wahlkreis in Suhl von Unternehmern des Gastgewerbes gehört, dass sie sehr wohl bereit sind, 8,50 Euro zu zahlen. „Sie werden, so die klare Ankündigung mir gegenüber, in der Folge des Mindestlohns sogar mehr feste Vollzeitjobs schaffen, statt weiterhin vorrangig auf Minijobs zu setzen. Dies belegt eindeutig, dass ein Mindestlohn ein wichtiger Beitrag zu guter Arbeit in Thüringen sein kann und wird.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagsondersitzung:

Vor dem Ende dieser Legislatur kommt der Thüringer Landtag zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen. Anlass ist die Vorlage des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Hintergründe des neonazistischen NSU-Terrors. Die Sondersitzung findet am Freitag, den 22. August, statt und beginnt um 10.00 Uhr.

Die Sondersitzung wird im Internet per Livestream übertragen auf der Web-Seite der Linksfraktion sowie im Informationsdienst des Thüringer Landtags: www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum.

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Tierschutz

Anlässlich der erneuten entsetzlichen Tierschutzverstöße in der Schweinemastanlage in Thiemendorf – das Landeskriminalamt hatte mitgeteilt, dass elf Sauen getötet werden mussten, weil sie schwer verletzt waren – forderte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright die Landesregierung nachdrücklich auf, die Ankündigung einer Intensivierung der Fachaufsicht „endlich in die Tat umzusetzen, damit solche schweren kriminellen Delikte an Tieren erst gar nicht stattfinden“. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion hat dazu eine kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht. „Wir verlangen Antworten auf Fragen, wie die Landesregierung offensichtliche Defizite im Überwachungssystem beseitigen wird.“

Kita-Finanzierung

„Wir begrüßen die Feststellung aus der Bertelsmann-Studie, dass die Qualität frühkindlicher Bildung durch die Einstellung von mehr Erzieherinnen auch schon im Krippenbereich verbessert werden muss“, sagte MdL Margit Jung. Da Kindergärten Bildungseinrichtungen sind, geht DIE LINKE davon aus, dass dies ohne Erhöhung der Elterngebühren möglich sein muss. Die Zuschüsse für Kitas müssten wieder zweckgebunden und unmittelbar ausgereicht werden. Und es müsse „endlich eine Drittelfinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen geben. Nachdem der Bund den Ausbau der Kitas mitfinanziert hat, ist es an der Zeit, dass er sich für die Verbesserung der Qualität engagiert.“

Arbeitslosenparlament

Zu seiner 35. Sitzung kommt das Thüringer Arbeitslosenparlament am Dienstag, den 19. August, in der Zeit von 9.30 Uhr bis 14 Uhr im Thüringer Landtag (Raum F 101) in Erfurt zusammen. Vorgestellt wird der Bericht der Parität zur regionalen Armutsentwicklung mit dem Titel „Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe“.

Vorgesehen ist auch eine Befragung von Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Thüringen am 14. September. Zum Abschluss dieses Plenums des Arbeitslosenparlaments gibt es eine Diskussion zur allgemeinen und arbeitsmarktpolitischen Lage, zudem ist vorgesehen, die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl zu verabschieden.